

## Klimaschutz ist kein Verbrechen

Gegen die Aktivist\*innen der „Letzten Generation“ lässt die bayerische Generalstaatsanwaltschaft wegen des Verstoßes gegen den § 129 (StGB) (Bildung einer kriminellen Vereinigung) ermitteln. Wir, die Grannies for Future Köln protestieren gegen diesen Versuch, Teile der Klimagerechtigkeitsbewegung zu kriminalisieren. Wir fordern die sofortige Beendigung der eingeleiteten Untersuchungen durch Polizei und Staatsanwaltschaften. Wir tun dies, unberührt davon, dass wir die Aktionen der „Letzten Generation“ nicht für zielführend und hilfreich für die Zielerreichung der Klimagerechtigkeitsbewegung halten.

Der nachfolgende Text unserer Erklärung basiert auf einer Stellungnahme der Parents for Future Köln. Diese haben wir auf die aktuelle Situation und unsere Position angepasst.

Wir, Grannies for Future Köln erklären uns angesichts der aktuellen massiven Kriminalisierungsversuche solidarisch mit der Letzten Generation und fordern die politisch Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen auf, die durch die Klimakrise bedrohten Lebensgrundlagen aller Menschen zu schützen.

Mit dem Pariser Übereinkommen von 2015 ist die Politik ein völkerrechtlich verbindliches Abkommen eingegangen. Doch statt sich an dieses Versprechen zu halten, weigert sich die Bundesregierung, selbst einfachste Klimaschutz-Maßnahmen wie ein Tempolimit durchzusetzen. Die Letzte Generation legt offen, dass die Bundesregierung am Klimaschutz scheitert und damit selbst Gesetze bricht. Die Bundesregierung missachtet wissentlich internationale Abkommen, das eigene Klimaschutzgesetz und Urteile des Bundesverfassungsgerichts. Stattdessen werden die gewaltfreien Aktivist\*innen der Letzten Generation kriminalisiert: Sie werden mithilfe umstrittener Polizeigesetze eingesperrt und Ermittlungen wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung nach Paragraf 129 laufen aktuell. Wir, als Grannies for Future Köln widersprechen dieser Einordnung aufs Schärfste. Aus politischen Gründen wurden unverhältnismäßige Polizeiaktionen durchgeführt. Der zivile Ungehorsam zur Aufdeckung dieses Unrechts ist kein Verbrechen! Klimaschutz ist kein Verbrechen! Wir erkennen in den friedlichen Aktionen der Letzten Generation das legitime Recht, auf lebensbedrohliche Missstände aufmerksam zu machen und die Politik zu verantwortungsvollem Handeln aufzufordern.

Die Letzte Generation agiert öffentlich statt klandestin, friedlich statt militant und für ein demokratisches, nicht autoritäres Anliegen.

**"Wir sind die erste Generation, die den Klimawandel spürt und die letzte Generation, die etwas dagegen tun kann."** (Barack Obama)

Auch wir gehören zur letzten Generation, die noch die schlimmsten Folgen der Klimakatastrophe verhindern kann. Wenn wir nicht sofort gegensteuern, wird die Generation unserer Kinder und Enkel\*innen eine sich immer weiter steigende Klimakatastrophe erleben müssen. Schon heute leiden Millionen von Menschen im globalen Süden unter den Folgen von massiven Dürren und Überschwemmungen. Und nicht erst mit dem überfluteten Ahrtal, den Waldbränden und der Dürre in den letzten Sommern ist die Klimakatastrophe auch in Deutschland angekommen.

Es ist unsere Pflicht auf den Klimanotstand hinzuweisen und Veränderungen einzufordern. Die Aktionen der Letzten Generation erscheinen uns auch als Ausdruck tiefer Verzweiflung. Denn die wissenschaftlichen Fakten werden weiterhin verkannt, der inhaltlich so klare IPCC-Bericht ignoriert.

Wir werden uns als Grannies for Future Köln weiterhin für eine lebenswerte Zukunft der kommenden Generationen einsetzen und uns nicht durch die Kriminalisierung anderer Gruppen der Klimagerechtigkeitsbewegung einschüchtern lassen. Denn auch wir sind die letzte Generation!